

Antrag Nr. 7

Antragstitel: Unfares Freihandelsabkommen stoppen

Antragsteller: KLJB-Diözesanvorstand, CAJ-Diözesanleitung, BDKJ-Diözesanvorstand, KJG-Diözesanleitung

Antragstext:

Die BDKJ-Diözesanversammlung möge beschließen:

Die BDKJ Diözesanversammlung in der Erzdiözese Bamberg fordert die Politiker/innen des EU-Parlaments bzw. die Kandidatinnen und Kandidaten für das EU-Parlament auf, sich unmissverständlich einzusetzen für:

- ein sofortiges Ende der intransparenten Verhandlungen hinter verschlossenen Türen und eine demokratische Neugestaltung der EU-Handelspolitik;
- die Streichung aller Vereinbarungen nach denen bestehende Arbeitnehmerrechte, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards sowie Finanzmarktregeln abgeschwächt oder gar aufgehoben werden;
- die Streichung des vorgesehenen neuen Klagerechtes von Unternehmen gegen Staaten (Investor-State-Dispute-Settlement, ISDS) vor privaten Schiedsgerichten, durch die demokratisch getroffene Entscheidungen untergraben werden können;
- den Abbruch der Verhandlungen zu TTIP, soweit oben genannte Punkte nicht erfüllt werden bzw. die Nicht-Ratifizierung von entsprechenden Verträgen durch die deutschen Vertreter im EU-Parlament bzw. den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung.

Die BDKJ-Diözesanversammlung ruft auf, sich aktiv an der Debatte um dieses neue Abkommen zu beteiligen. Der BDKJ-Diözesanvorstand wird damit beauftragt, das Positionspapier deutscher NGOs „TTIP nein Danke - Transatlantische Partnerschaft geht anders“ (unter www.ttip-unfairhandelbar.de) zeitnah zu prüfen, gegebenenfalls zu unterzeichnen und darüber hinaus die Thematik auf BDKJ-Landes- und BDKJ-Bundesebene einzubringen.

Begründung:

Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP) darf kein Freibrief für das Wachstum von Konzernen auf Kosten von Mensch und Natur werden. Der Verhandlungsprozess wird von Beginn an intransparent und unter Ausschluss der Zivilgesellschaft geführt. Unter dem Deckmantel eines zweifelhaften Wirtschaftswachstums droht TTIP, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards auszuhöhlen und rechtsstaatliche Verfahren zu unterminieren - zugunsten immer mächtiger werdender Konzerne. Gerade im Vorfeld der Europawahlen im Mai muss deutlich werden, dass die EU künftig noch stärker für Bürgerbeteiligung, hohe Verbraucher- und Umweltstandards und Arbeitnehmerrechte steht.

Ergebnis:

Der Antrag wurde von der DV I/2014 einstimmig angenommen.